



DIE EUROPÄISCHE
UNION ERKLÄRT

Energie

**Nachhaltige,
sichere und
erschwingliche
Energie für die
Bürger Europas**

Sich eine zuverlässige Energieversorgung zu erschwinglichen Preisen zu sichern, bildet derzeit eine der größten Herausforderungen für die EU. Um diese zu bewältigen, müssen wir die europäische Energiepolitik weiter integrieren und auf der internationalen Bühne mit einer Stimme sprechen.



DIE EUROPÄISCHE UNION ERKLÄRT

Diese Veröffentlichung ist Teil einer Schriftenreihe, in deren Rahmen die Aktivitäten der EU in unterschiedlichen Politikfeldern, die Gründe und die Ergebnisse ihrer Tätigkeit erläutert werden.

Sie können die Veröffentlichungen der Reihe hier herunterladen:

http://europa.eu/pol/index_de.htm

<http://europa.eu/!qf86pN>

So funktioniert die Europäische Union

Europa in 12 Lektionen

Europa 2020: Europas Wachstumsstrategie

Die Gründerväter der EU

Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport

Außen- und Sicherheitspolitik

Banken und Finanzen

Beschäftigung und Soziales

Betrugsbekämpfung

Binnenmarkt

Digitale Agenda

Energie ✕

Erweiterung

Forschung und Innovation

Gesundheitswesen

Grenzen und Sicherheit

Handel

Haushalt

Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

Justiz, Grundrechte und Gleichstellung

Klimaschutz

Kultur und audiovisuelle Medien

Landwirtschaft

Lebensmittelsicherheit

Meerespolitik und Fischerei

Migrations- und Asylpolitik

Regionalpolitik

Steuern

Umwelt

Unternehmen

Verbraucher

Verkehr

Wettbewerb

Wirtschafts- und Währungsunion und der Euro

Zoll

INHALT

Warum wir eine europäische Energiepolitik brauchen

Gemeinsame Interessen in einem
Bereich von strategischer Bedeutung 3

Wie geht die EU vor?

Eine europäische Energiestrategie 5

Errungenschaften der EU

Verbraucher stärken,
die Energiewirtschaft anregen 9

Woran derzeit gearbeitet wird

2020 und darüber hinaus:
Aufbau einer Energieunion 14

Weitere Informationen 16

Die Europäische Union erklärt: Energie

Europäische Kommission

Generaldirektion Kommunikation

Bürgerinformation

1049 Brüssel

BELGIEN

Letzte Aktualisierung: November 2014

Deckblatt und Bild auf Seite 2:

© Digital Vision/Getty Images

16 S. – 21 × 29,7 cm

ISBN 978-92-79-42190-7

doi:10.2775/60151

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der
Europäischen Union, 2015

© Europäische Union, 2015

Nachdruck gestattet. Für die Verwendung oder
Reproduktion einzelner Fotos muss die Genehmigung
direkt beim Urheberrechtsinhaber eingeholt werden.

Warum wir eine europäische Energiepolitik brauchen

Gemeinsame Interessen in einem Bereich von strategischer Bedeutung

Beleuchtung, Heizung, Verkehr, Industrieproduktion – Energie ist überall unentbehrlich für wesentliche alltägliche Dienste, ohne die wir und unsere Unternehmen nicht funktionieren können. Die fossilen Energiequellen (Öl, Erdgas und Kohle) in Europa sind jedoch nicht unerschöpflich. Man muss sie gut bewirtschaften und auch neue Quellen erschließen. Europa verbraucht mehr und mehr Energie und führt davon einen immer größeren Anteil ein. Den EU-Ländern ist klar geworden, dass sie ihr Handeln in diesem strategisch äußerst wichtigen Bereich aufeinander abstimmen müssen. Daher hat sich Europa gemeinsame Regeln gegeben und kann gemeinsam Zugang zu ausreichend Energie zu erschwinglichen Preisen bei möglichst geringer Umweltverschmutzung suchen.



Große technische, logistische und finanzielle Anstrengungen sind erforderlich, um Energie bis zum Endverbraucher zu bringen.

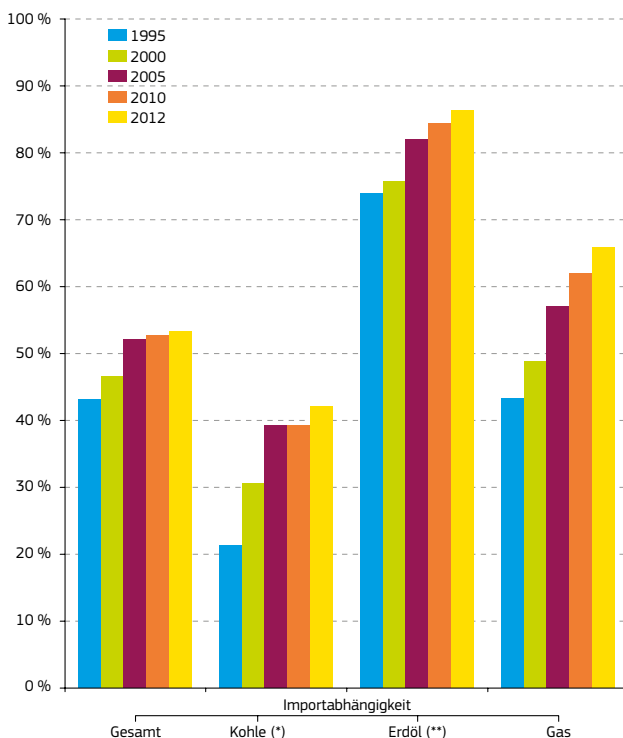
Keine einfache Sache

Unsere Rechner anzuschalten oder ins Auto zu steigen scheint wie von selbst zu gehen, und doch ist dies das Ergebnis einer komplexen Vorgangskette. Zunächst muss

man die energiereichen Rohstoffe – Erdgas, Erdöl, Kohle – aus der Erde holen, oder auch Wärme aus Holz gewinnen und Strom aus dem Wind durch Windkraftanlagen, aus Wasserkraft über Staudämme und aus dem Sonnenlicht über Solarzellen. Dann muss man die Energie zum Ort des Verbrauchs transportieren – manchmal über Erdteile oder Meere hinweg. Hierfür sind Anlagen nötig, die jahrzehntlang eine ununterbrochene Energieversorgung gewährleisten müssen. Dies erfordert enorme technische, logistische und finanzielle Mittel.

Die Energiewirtschaft ist von strategischer Bedeutung, denn ohne Energie läuft nichts. Sie liefert uns Licht und Wärme, ermöglicht die Beförderung von Menschen und Waren, ist aber auch Grundlage aller Wirtschaftszweige – der Landwirtschaft, der Industrie und Dienstleistungen, ja sogar des wissenschaftlichen Fortschritts. Zur Aufrechterhaltung unserer Lebensqualität benötigen wir viel Energie. Dies geht natürlich mit der Verschmutzung der Luft, des Wassers und der Böden sowie einer Beeinträchtigung des Klimas einher, die wir so weit wie möglich begrenzen müssen.

EINFUHREN FOSSILER BRENNSTOFFE IN DIE EU-27 (1995-2012)



(*) Einschließlich Braunkohle.
(**) Einschließlich Erdölzerzeugnisse.

Der weltgrößte Importeur

Ein Kennzeichen Europas ist seine energetische Abhängigkeit von der Außenwelt. Als zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Erde verbraucht die Europäische Union ein Fünftel der weltweit erzeugten Energie, besitzt selbst aber nur sehr geringe Vorräte. Zum Glück sind unsere eigenen Quellen – „Energimix“ genannt – auf europäischer Ebene sehr vielfältig: Da gibt es zahlreiche Staudämme in Österreich, Kohlebergwerke in Polen, Atomkraftwerke in Frankreich, Erdöl in der Nordsee und Erdgasfelder in Dänemark und den Niederlanden – wie gut, dass die europäischen Länder so unterschiedlich sind! Klar ist jedoch, dass die Länder solidarisch sein müssen, um daraus größtmögliche Vorteile zu ziehen.

Die Energieabhängigkeit Europas hat Folgen für unsere Wirtschaft. Wir kaufen unser Erdöl bei der Organisation der Erdöl exportierenden Länder (OPEC) und in Russland, und unser Erdgas stammt aus Algerien, Norwegen und Russland. Dies kostet Europa mehr als 350 Milliarden € pro Jahr. Erschwerend kommt hinzu, dass die Energiekosten ständig steigen. Daher sind Effizienz, Solidarität und Ehrgeiz geboten, um unsere Energiequellen und Energieversorgungswege diversifizieren zu können.

Auswirkungen aufgrund des Klimas

Anerkannte Experten haben auf die enormen Kosten des Klimawandels hingewiesen, wenn es der Welt nicht gelingt, ihre Treibhausgasemissionen zu senken. Dies betrifft die Energiewirtschaft unmittelbar, die zu 80 % von fossilen Brennstoffen abhängt. Bei ihrer Verbrennung entsteht CO₂, das wichtigste Treibhausgas. Daher müssen wir künftig die Verwendung fossiler Brennstoffe verringern und mehr kohlenstoffarme Energiequellen nutzen.

Europa muss gemeinsam handeln

Die europäischen Länder interessieren sich nicht erst seit gestern für die Energiewirtschaft. Nein, das Interesse erwachte direkt nach dem Zweiten Weltkrieg, mit dem Willen, „die Mittel des Krieges im Dienste des Friedens einzusetzen“, wie es Jean Monnet, einer der Väter der Europäischen Union, ausdrückte. Daher liegen Kohle und Stahl einerseits und Kernenergie andererseits den ersten europäischen Verträgen zugrunde, nämlich der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die 2002 in die EU-Politik integriert wurde, und dem Euratom-Vertrag über Kernenergie, der heute noch in Kraft ist.

Seit den 1960er-Jahren verstehen die Staaten Europas, dass sie bei Problemen mit der Energieversorgung solidarisch sein müssen. Dies hat zur Vergemeinschaftung der strategischen Erdölvorräte und zu einem Krisenreaktionsmechanismus geführt. Heute berührt die Energiepolitik auch zahlreiche andere Bereiche wie Industrie, Umwelt, Verkehr, Forschung und Innovation und selbst Außenbeziehungen.

Die europäischen Ziele

Die EU verfügt über die erforderlichen Befugnisse und Instrumente, um eine Energiepolitik mit folgenden Zielen festzulegen:

- Gewährleistung ihrer Energieversorgung,
- Sicherstellung, dass die Energiepreise ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht einschränken,
- Schutz der Umwelt mit Schwerpunkt auf Bekämpfung des Klimawandels,
- Entwicklung der Energienetze.

Es bleibt den Mitgliedstaaten überlassen, welche Energiequellen sie entwickeln möchten. Sie müssen jedoch die europäischen Zielvorgaben für erneuerbare Energien berücksichtigen.

Ein Binnenmarkt mit einer halben Milliarde Europäerinnen und Europäer



Wie geht die EU vor?

Eine europäische Energiestrategie

Europa muss derzeit mehr als die Hälfte seiner Energie einführen, da es nur geringe Energievorräte besitzt. Und es muss den Preis akzeptieren, der von den Weltmärkten oder sogar von einzelnen Lieferländern abhängt. Mit einem geringeren Verbrauch können wir jedoch unsere Energierechnung wirksam senken. Das klingt selbstverständlich. Können wir aber weniger verbrauchen, ohne unseren Lebensstandard senken und auf die Annehmlichkeiten des modernen Lebens verzichten zu müssen?

Energie einsparen

Unseren Energieverbrauch zu senken ist nicht leicht, doch die Antwort ist „Ja“: Unser Verbrauch muss „besser“, also effizienter werden. Eine Lösung ohne Nachteile ist möglich. Wenn wir unabhängiger von Energieeinführen werden, können wir die CO₂-Emissionen senken, neue Arbeitsplätze schaffen und Geld sparen. Außerdem können wir unser Fachwissen exportieren. Daher gehört die effiziente Energienutzung zu den grundlegenden EU-Zielen für 2020. Die führenden Politiker der EU haben beschlossen, unseren Gesamtenergieverbrauch bis 2020 um 20 % gegenüber 1990 zu senken. Eine derartig erhebliche Reduktion entspräche der Abschaltung von über 400 Kraftwerken. Um das schaffen, muss die EU ihre Mitgliedstaaten dazu bringen, der Energieverschwendung bei der Benutzung elektrischer Geräte, in der Industrie und beim Verkehr den Kampf anzusagen. Auch Gebäude sind ein wichtiger Bereich, denn in ihnen verbrauchen wir 40 % unserer Energie, und sie emittieren

36 % aller Treibhausgase in der EU, 80 % davon in Form von Wärme.

Die 2012 verabschiedete Energieeffizienzrichtlinie wird dazu beitragen, dass die EU diese Ziele erreicht und alle Energieeinsparungsmöglichkeiten nutzt. Diese Richtlinie umfasst Maßnahmen in allen wichtigen Wirtschaftszweigen, darunter neue Energieziele und -audits sowie Vorgaben für Wärmerückgewinnung und Gesamtenergieeffizienz. 2014 wird die Europäische Kommission prüfen, ob die EU auf dem richtigen Weg zur Erreichung ihres 20 %-Ziels ist, und Vorschläge für weitere Maßnahmen vorlegen.

Alle EU-Länder mussten nationale Energieeffizienzziele für 2020 festlegen und Pläne dafür aufstellen, wie sie diese Ziele zu erreichen gedenken. Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage muss die EU alles daran setzen, um Investitionen und konkrete Maßnahmen auf dem Gebiet der Energieeffizienz anzuregen. Selbst wenn sich Investitionen in Energieeffizienz rasch rentieren und eine Hebelwirkung auf weitere Investitionen entfalten, muss das Geld doch erst einmal da sein. Mit ihrem Haushalt und ihren eigenen Finanzinstitutionen kann die Europäische Union ihren Mitgliedern helfen, ihre Energieeffizienzpläne zu finanzieren. Im Zeitraum 2014-2020 stehen erhebliche EU-Mittel bereit, um Energieeffizienzinvestitionen zu verstärken – allein 23 Milliarden € aus den EU-Strukturfonds. Außerdem wird die Energieeffizienz im neuen Programm „Horizont 2020“ ein wichtiger Bereich für Forschung und Innovation sein (siehe weiter unten).

Eine Herausforderung für Europa: weniger verbrauchen und doch unsere Lebensqualität beibehalten



Ein echter europäischer Energiemarkt

Strom und Gas können im Prinzip frei über die Netze laufen, die das Gebiet der EU überziehen. Auf dem großen europäischen Energiemarkt stehen alle Produzenten und Lieferanten im Wettbewerb miteinander. In der Theorie ist es also möglich, Strom und Gas dort zu kaufen und zu verkaufen, wo man möchte. Ziel ist es, hochwertige Energie zu einem möglichst gerechten Preis zu erhalten. Doch dieser Markt von 500 Millionen Verbrauchern ist noch nicht so weit entwickelt: Nationale Regelungen stehen dem Aufbau grenzüberschreitender Energieunternehmen weiterhin im Weg. Beispiel hierfür sind die von den Regierungen festgelegten Strom- und Gaspreise für Unternehmen. Bestimmte Akteure haben sogar ungerechterweise bevorrechtigten Zugang zu den Netzen. Wegen dieser ungünstigen Voraussetzungen zögern die Investoren. Daher könnte sich die Erneuerung veralteter Kraftwerke verzögern. Wir müssen also die Wettbewerbsbedingungen verbessern und gemeinsame Regeln für eine gerechte Nutzung der Netze einführen. Die führende Rolle der Europäischen Union ist hierbei entscheidend: Sie muss die Regeln festlegen und die Märkte streng überwachen, um zu verhindern, dass bestimmte Akteure ungerechterweise ein Quasi-Monopol genießen.

Modernere Energienetze

Auch die Energienetze müssen modernisiert und ausgebaut werden – zur Deckung des wachsenden Energiebedarfs, zur Diversifizierung der vorhandenen Ressourcen und zur Entlastung des Marktes. In den nächsten zehn Jahren sind enorme Investitionen in Höhe von rund 1 Billion € in die Energienetze erforderlich. Hier gibt die EU Impulse für alle Mitgliedstaaten, denn alle sind daran interessiert, sich durch Hochspannungs- und Erdgasleitungen miteinander zu verbinden und die Speicherkapazitäten auszubauen. Die Hochspannungs-Stromnetze, die ursprünglich aufgebaut wurden, um Großkraftwerke mit nahe gelegenen Verbrauchszentren zu verbinden, müssen ebenfalls mit Kraftwerken verbunden werden, die periodisch Strom aus erneuerbaren Energiequellen erzeugen. Schließlich müssen die Versorgungsnetze eine flexiblere Stromnutzung ermöglichen, um Verbrauchsspitzen besser abzufangen oder die Mikroproduktion für den Eigenbedarf (z. B. durch Sonnenpaneele) zu integrieren.

Doch die Verfahren für die Genehmigung neuer Netze dauern immer noch zu lange. Daher fördert die EU die Entwicklung und den Ausbau der Energienetze, um den Bau „fehlender Glieder in der Kette“ vor allem in Osteuropa zu beschleunigen. Es reicht nicht, wenn die EU das Ganze koordiniert; manchmal kann sie auch bestimmte notwendige, aber für Unternehmen oder Länder auf sich allein gestellt wirtschaftlich zu riskante Projekte finanziell unterstützen.



Die Haushalte, Unternehmen, Behörden und Bürger Europas brauchen eine sichere und hochwertige Energieversorgung.

Die Verbraucher im Blick

Die Verbraucher – ob es sich nun um Einzelpersonen oder um Unternehmen gleich welcher Größe handelt – sollen von der EU-Energiepolitik profitieren. Sie haben Rechte, über die sie besser informiert werden müssen, damit sie die Möglichkeiten des Energiebinnenmarkts voll ausschöpfen können. Sie sollten ihren Lieferanten einfach wechseln können, klare und vergleichbare Rechnungen und Angebote erhalten, die Herkunft ihres Stroms erfahren und jederzeit Informationen über ihren Verbrauch erhalten können. Informationstechnik und Telekommunikation werden in der Energiewirtschaft eine immer größere Rolle spielen, damit sich die Verbraucher stärker in diesen Markt einschalten können. Nur eine europäische Regelung schafft gleiche Voraussetzungen für alle Verbraucher und lässt sie von den Größenvorteilen profitieren, die die Wirtschaft erzielt. Europa muss daher die erforderlichen Regelungen einführen, insbesondere bezüglich des Schutzes der Daten, die aus den Gas- und Stromzählern stammen. Außerdem müssen die Verbraucher Zugang zu sparsameren Geräten und Informationen über deren echten Verbrauch haben, damit sie in voller Sachkenntnis wählen können. Die Unternehmen müssen ihre Energie möglichst sicher und billig kaufen können. Nur ein echter Wettbewerb sichert gerechte Preise – weder künstlich erhöht noch künstlich gesenkt – und regt so Investitionen in die Energieerzeugung an.

Sicherheit – eine Kernfrage für Verbraucher

Die EU-Energiepolitik muss den Verbrauchern garantieren, dass die Erzeugung und der Transport der Energie sicher sind. Den Mitgliedstaaten ist bewusst, dass die Sicherheitsnormen für kritische Kraftwerke auf europäischer Ebene koordiniert oder sogar harmonisiert werden müssen. Die Katastrophe von Fukushima in Japan hat in aller Deutlichkeit gezeigt, wie wichtig die nukleare Sicherheit ist. Die Europäische Union muss daher mit möglichst strengen Normen dafür sorgen, dass die europäischen Kernzentralen und die Bewirtschaftung radioaktiver Abfälle sicher sind. Die EU-Normen zum Schutz der Bevölkerung und der in der Atomwirtschaft Beschäftigten gegen radioaktive Strahlen gelten nunmehr in ganz Europa. Schließlich muss Europa weiterhin garantieren können, dass die Verwendung von Kernmaterial auf seinem Hoheitsgebiet weder zu illegalem Handel noch zur Weiterverbreitung von Kernwaffen führt.

Spitzentechnologie ohne Kohlenstoff

Zur Erzeugung seiner Energie ohne CO₂-Emissionen braucht Europa eine technologische Revolution. 2013 hat die Europäische Kommission eine Aktualisierung des strategischen Plans der EU für kohlenstoffarme Energietechnologien vorgeschlagen. Um den neuen Herausforderungen auf dem weltweiten Energiemarkt zu begegnen, achtet die EU bei der Festlegung ihrer Prioritäten in der Energieforschung und -innovation darauf, dass diese die Einbindung kohlenstoffarmer Technologien in das Energiesystem gewährleisten und es ermöglichen, neue Produkte möglichst kosteneffizient auf den Markt zu bringen.

Ziel ist es, die Wirtschaftsführer der betroffenen Branchen zusammenzubringen, damit sie mit Unterstützung der EU zusammenarbeiten. Einige industrielle Initiativen betreffen die Energieerzeugung und Energiequellen – z. B. Biokraftstoffe, Wind- und Sonnenenergie, Kernenergie, aber auch Brennstoffzellen und Wasserstoff. Bei anderen geht es um eine bessere Energienutzung in „intelligenten Städten“, die Abscheidung und unterirdische Speicherung von CO₂ sowie um die Energienetze der Zukunft. Diese neuen Technologien sollen erschwinglich und rentabel werden, damit sie langfristig die derzeitigen Technologien ersetzen können und damit zur Verringerung der CO₂-Emissionen der europäischen Energiewirtschaft beitragen. Zur Erreichung dieses Ziels sind wegen der enormen damit verbundenen Kosten koordinierte Anstrengungen auf europäischer Ebene nötig.

Energiediplomatie

Europa, der weltgrößte regionale Wirtschaftsraum, muss seine Interessen international durchsetzen, um eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten. Wegen seiner Größe und seiner diesbezüglichen Abhängigkeit von außen hat es keine andere Wahl; dies gilt vor allem jetzt, wo sich der weltweite Wettlauf um die Energievorräte verschärft. Das Problem der europäischen Länder ist, dass es ihnen stets schwerfällt, mit einer Stimme zu sprechen. Sie müssen aber geschlossen auftreten, um auf die großen Energieproduzierenden Länder, aber auch die großen Verbrauchsländer einen größeren Einfluss auszuüben. Europa muss die sichere Durchleitung seiner Erdgas- und Erdöllieferungen garantieren. Auch die europäische Außenpolitik – einschließlich Entwicklungshilfe, Handel und bilaterale Kooperationsvereinbarungen – muss unsere Energiebelange berücksichtigen. Dies dient außerdem der Unterstützung der Ausfuhr europäischer Spitzentechnologie.

WOHER STAMMEN DIE ÖL- UND GASEINFUHREN NACH EUROPA?



Quelle: Europäische Kommission.

Ein demokratischer Entscheidungsprozess

Die EU-Energiepolitik betrifft alle europäischen Bürgerinnen und Bürger. Das EU-Recht hat großen Einfluss auf nationale Gesetze, vor allem im Bereich Energie. Das alle fünf Jahre direkt gewählte Europäische Parlament und der EU-Ministerrat als Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten verabschieden gemeinsam die EU-Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Energie. Ausnahmen gelten lediglich für die Kernenergie und die Energiebesteuerung, über die der Ministerrat alleine entscheidet. Über Ausschüsse nationaler Sachverständiger sind die Mitgliedstaaten frühzeitig an der Ausarbeitung europäischer Rechtstexte beteiligt. Berufsverbände und die Zivilgesellschaft sind in diesen transparenten Prozess eingebunden, denn sie werden während mehrerer Konsultationsrunden um ihre Meinung gebeten.

Errungenschaften der EU

Verbraucher stärken, die Energiewirtschaft anregen

Die Europäische Union schützt ihre Verbraucherinnen und Verbraucher wie nie zuvor, besonders diejenigen, die eines besonderen Schutzes bedürfen. Außerdem stärkt sie die Kontroll- und Sanktionsbefugnisse der Behörden und sorgt für leichter verständliche Energierechnungen. Doch die wahre Revolution, die vor der Tür steht, ist die der intelligenten Zähler und Netze, womit sie die Rolle der Verbraucher stärken will. Nicht nur, dass sich die Rechnungen nach dem echten Verbrauch richten werden, nein, die Kunden werden auch ihren aktuellen Verbrauch erfahren und darauf unmittelbar durch Änderung ihrer Verbrauchsgewohnheiten reagieren können. Mit entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen sorgt die EU dafür, dass das Privatleben geschützt wird und die durch die intelligenten Zähler erfassten Daten nicht in die falschen Hände gelangen.

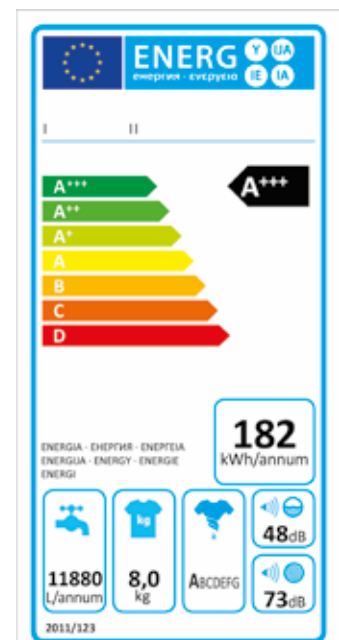
Dank der von der EU durchgesetzten Energieetikettierung können die europäischen Bürger beim Kauf elektrischer Geräte nunmehr in voller Sachkenntnis wählen. Diese Etikettierung gilt inzwischen für zahlreiche strombetriebene Haushalts- und Bürogeräte. Die Hersteller werden dadurch angeregt, energieeffizientere Produkte anzubieten, wodurch die Gesamtkosten für die Verbraucher sinken, denn für die Gesamtkosten spielen nicht nur die Anschaffungs-, sondern auch die Nutzungskosten eine Rolle.

Die Energiekosten senken

Mit dem Ende der Monopole auf den Strom- und Gasmärkten können alle Verbraucher ihre Energielieferanten frei wählen. Aus einer neueren Studie geht hervor, dass sich durch Wechsel des Strom- und Gaslieferanten schätzungsweise mehr als 13 Milliarden € oder 100 € pro Haushalt und Jahr einsparen lassen. Die Unternehmen konnten als Erste ihre Lieferanten frei wählen. Die Energie macht in den großen europäischen Wirtschaftszweigen bei Unternehmen gleich welcher Größe einen beträchtlichen Teil der Produktionskosten aus. Die Liberalisierung der Energiemärkte hat zu einer Verbesserung des Angebots und der durchschnittlichen Dienstqualität geführt und dafür gesorgt, dass die Preise so niedrig wie möglich bleiben.

Die EU hat dafür gesorgt, dass in allen EU-Ländern nationale „Energeregulierungsbehörden“ eingerichtet wurden, die einen fairen Wettbewerb gewährleisten sollen. Ihre Aufgabe ist es, das System zu überwachen und sicherzustellen, dass sich die Energieunternehmen an die Regeln halten. Sie besitzen ausgedehnte Befugnisse zur Sanktionierung wettbewerbswidriger Praktiken und ermöglichen den Verbrauchern, die bestmögliche Wahl zu treffen. Sie legen gerechte Stromübertragungsentgelte fest, damit einerseits die Netzbetreiber ordnungsgemäß vergütet und zu Investitionen angeregt werden und andererseits die Endverbraucher nicht zu viel zahlen müssen. Dennoch sinken die Energiepreise nicht zwangsläufig, denn sie hängen teilweise von den nicht zu beeinflussenden Preisen von Brennstoffen – darunter Öl, Kohle und Erdgas – auf dem Weltmarkt ab. Durch geringeren Verbrauch lassen sich die Energiekosten sehr wirksam senken. Wenn die europäischen Energieeinsparungsziele bis 2020 erreicht werden, bedeutet dies pro Haushalt eine jährliche Einsparung in Höhe von rund 1 000 €.

Dank der Energieeffizienzetiketten können Verbraucher ihre elektrischen Geräte bewusst wählen.



Gewährleistung der Energieversorgung Europas

Große Stromausfälle sind in Europa heute selten geworden, das liegt auch an der von der EU veranlassten Zusammenarbeit zwischen den Netzbetreibern. Beim Gas ist Europa jedoch zu 67 % von Einfuhren – teilweise von sehr weit her – abhängig. Eine Unterbrechung der Versorgung aus Gründen, auf die es keinen Einfluss hat, kann schwerwiegende Folgen haben. Um Engpässe zu vermeiden, verfügt die Europäische Union daher über einen ausgefeilten Solidaritätsmechanismus, der den Zugang zu Gas- und Ölvorräten gestattet. Doch „Vorbeugen ist besser als heilen“. Deshalb hat Europa eine eigene Energiemarkt-Beobachtungsstelle geschaffen und mit Russland und anderen wichtigen Liefer- und Transitländern sogar ein gemeinsames Frühwarnsystem eingeführt.

Im Oktober 2014 veröffentlichte die Kommission einen Bericht über die Krisenfestigkeit des europäischen Gassystems. Der Bericht enthält eine Bewertung der möglichen Auswirkungen einer Unterbrechung der Gasversorgung in verschiedenen europäischen Ländern. Die wichtigste Empfehlung lautet, dass die EU-Länder zusammenarbeiten und den Marktkräften möglichst freies Spiel lassen müssen. Diese Zusammenarbeit könnte erheblich zur Verringerung der Auswirkungen von Unterbrechungen der Gasversorgung in den am stärksten betroffenen Ländern beitragen.

Vereinbarung zwischen Russland und der Ukraine über ein „Winterpaket“

Ende Oktober 2014 einigten sich Russland und die Ukraine durch Vermittlung der Europäischen Kommission auf dieses Paket im Umfang von 4,6 Milliarden Dollar. Diese Vereinbarung muss sicherstellen, dass die Ukrainer (und letztlich alle europäischen Bürgerinnen und Bürger) ihre Wohnungen im Winter 2014/2015 ausreichend heizen können.

Eine größere Solidarität zwischen den europäischen Ländern mindert das Risiko von Versorgungsengpässen bei Gas und Strom.

Der Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030

Die Europäische Kommission hat einen neuen EU-Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 vorgelegt. Der Vorschlag sieht Folgendes vor: Senkung der Treibhausgasemissionen um 40 % gegenüber dem Stand von 1990; EU-weit verbindliche Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf mindestens 27%; ehrgeizige neue Energieeffizienzstrategien; neue Steuerungsinstrumente und ein neuer Satz von Indikatoren, um eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung zu gewährleisten.

Die Energiewirtschaft stimulieren

Der Wettbewerb zwischen Strom- und Gasversorgern hat den Energiemarkt durcheinandergewirbelt. Neue Berufe sind entstanden (Händler, Berater, Rechnungsprüfer), und diese Branche und die Informations- und Kommunikationstechnologien laufen immer mehr ineinander. Auf den nationalen Märkten sind neue Akteure aufgetreten, und viele davon sind mittlerweile europaweit tätig. Um neue Kunden zu gewinnen, sind neue Produkte notwendig, aber auch genau die richtigen Preise, also eine höhere Effizienz. Die Europäische Union hat Anreize gesetzt, um neue Energiequellen bei der Stromerzeugung, der Herstellung von Biokraftstoffen, der Wärmeerzeugung und der Kraft-Wärme-Kopplung zu begünstigen.



Boom der erneuerbaren Energieträger

Bis 2020 sollen nach dem aktuellen Ziel der EU 20 % der von ihr verbrauchten Energie aus erneuerbaren Quellen stammen – und bis 2030 mindestens 27 %. Dank der europaweiten Werbung für dieses Ziel hat die Produktionskapazität der erneuerbaren Energiequellen spektakulär zugenommen. 2011 betrug die Gesamtleistung der weltweit installierten Solarpaneele über 100 Gigawatt – 70 % davon in der EU. Die Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen trägt in der EU dazu bei, den Import fossiler Brennstoffe im Gegenwert von rund 400 Milliarden € jährlich zu vermeiden.

Europas expandierender Markt für erneuerbare Energien hat zu einer erheblichen Kostensenkung der einschlägigen Technologien beigetragen. Beispielsweise sind die Preise von Sonnenpaneelen in den letzten sieben Jahren um 70 % gesunken.

Erneuerbare Energien sind außerdem Teil einer wachsenden „grünen“ Technologiebranche, die immer mehr Menschen in Europa beschäftigt. 2011 arbeiteten 1,2 Millionen Menschen im Bereich erneuerbarer Energien. Bis 2020 dürfte diese Zahl – zusammen mit Arbeitsplätzen auf dem Gebiet der Energieeffizienz – EU-weit auf über 4 Millionen steigen.

Die erneuerbaren Energien sind das Kernstück der europäischen Energiestrategie. Sie verursachen nämlich nur geringe Treibhausgasemissionen und ermöglichen eine Verringerung der Energieeinfuhren, wodurch Europa unabhängiger wird. Dieser Wirtschaftszweig in vollem Aufschwung trägt zu Europas Technologieführerschaft bei und sorgt in den Ländern der EU und ihren Regionen für „grüne Jobs“ und Exporte mit hohem Mehrwert.

Energieeffizienz – ein aussichtsreicher Markt

Investitionen in höhere Energieeffizienz fördern das Wachstum. Wohnungen dämmen, neue, sparsamere Anlagen installieren, Gebäude renovieren, Energieaudits durchführen – all dies belebt die Wirtschaft. Aus Berechnungen geht hervor, dass sich durch Verwirklichung der europäischen Energieeinsparziele bis 2020 2 Millionen Arbeitsplätze schaffen ließen. Denn, um ein Beispiel zu nennen, mit 24 Milliarden € jährlicher Investitionen in Wärmedämmung, Energiemanagement und Kontrollsysteme ließen sich die europäischen Energiekosten von nun an bis 2020 um rund 38 Milliarden € senken.

Bis Ende des Jahrzehnts sollen alle neuen Gebäude in der EU praktisch Nullenergiehäuser sein, wodurch Energieverbrauch und Energiekosten erheblich sinken würden. Ihr niedriger Energiebedarf würde durch erneuerbare, emissionsarme Energien gedeckt.

Gemäß der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden müssen die EU-Länder ein System der Energieausweise für Gebäude einführen, ergänzt durch Empfehlungen für mehr Energieeffizienz. Diese Gebäudeausweise folgen dem „A bis G“-Vorbild der EU-Energiekennzeichnung von Geräten wie Kühlschränken, wobei „A“ die beste Energieklasse ist. Energieausweise informieren die Verbraucher darüber, wie hoch ihre Energierechnung sein wird, so dass sie Angebote vergleichen und bessere Mietpreise aushandeln können. Es hat sich gezeigt, dass die Verbesserung der Energieeffizienz um eine Klasse (z. B. von G nach F) den Wert eines Hauses oder einer Wohnung um mindestens 4 % steigen lässt.

Bis 2020 könnten durch Verwirklichung der europäischen Energieeinsparungsziele 2 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden.



Das Logo „Energy Star“ ermöglicht den Verbrauchern, Geräte mit hoher Energieeffizienz zu wählen.



Mehr Gebäuderenovierungen würden auch stark zu mehr Arbeitsplätzen und Wachstum in der Bauwirtschaft und im Bereich der Energiedienstleistungen beitragen. Die Renovierung bestehender Gebäude bietet auch eine gute Chance zur Innovationsförderung.

Von nun an müssen die Energieversorger ihren Kunden zu Energieeinsparungen verhelfen. Das Geschäftsmodell der Energiedienstleister muss sich auf ganz Europa erstrecken. Solche Unternehmen werden mit Energiediensten wie Beleuchtung, Heizung, Kühlung, Klimatisierung, Stromversorgung unter der Bedingung beauftragt, dass sie in leistungsfähige Ausrüstung investieren und daran verdienen, dass sie Energie einsparen.

Außerdem senkt die EU den Energieverbrauch durch Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung einer ganzen Reihe von Geräten, z. B. für Fernseher, Kühlschränke, Geschirrspüler, Waschmaschinen, Ventilatoren, Gefriergeräte und Leuchten. Die auffallendste Änderung jedoch, die wohl niemandem in Europa entgangen ist, ist sicherlich die umfassende Ersetzung klassischer Glühbirnen durch Niedrigenergieleuchten, die bis zu fünf Mal weniger Energie verbrauchen.

Nicht nur durch das Energieetikett fördert die Europäische Union den Handel mit energieeffizienten Geräten. Haben Sie etwa auch schon das kleine Energy-Star-Zeichen auf Ihren Bürogeräten gesehen? Diese 2001 mit den Vereinigten Staaten geschlossene Vereinbarung gestattet die Kennzeichnung energieeffizienter Geräte (Rechner, Fotokopierer, Drucker, Monitore usw.). Behörden können sich bei Sammelbestellungen am Energieetikett und dem Energy-Star-Zeichen orientieren.

Forschung und Innovation für höhere Energieeffizienz

Gespräch mit Patrick Lambert, Direktor der Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen (EASME)

Was macht Ihre Agentur auf dem Gebiet der Energie?

P.L.: Seit Januar 2014 sind wir für die Durchführung von Aufrufen zu höherer Energieeffizienz im Rahmen des Programms Horizont 2020 (2014-2020) verantwortlich, dem Nachfolger des Rahmenprogramms für Forschung und Entwicklung. Wir werden Projekte während des gesamten Forschungs- und Innovationszyklus fördern, etwa Markteinführungsprojekte zur Erleichterung der Umsetzung von Strategien, Projekte zur Erhöhung des Qualifikationsniveaus und solche zur Mobilisierung von Investitionen in Energieeffizienz. Außerdem werden wir weiterhin Projekte im Rahmen des Programms „Intelligente Energie – Europa“ (2007-2013) zur Förderung von Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Quellen verwalten. Besonders aktiv treten wir jedes Jahr auf der Europäischen Woche für nachhaltige Energie an die Öffentlichkeit.

Glauben Sie wirklich, Sie können in einer Woche einen Bewusstseinswandel herbeiführen?

P.L.: Im Laufe dieser Woche finden mehrere hundert Veranstaltungen in der ganzen EU statt, davon rund hundert in Brüssel. Wir wollen Bürger und Unternehmen stärker engagieren und einen Schneeballeffekt bewirken, indem wir dazu anregen, die Projekte und guten Verfahrensweisen in ganz Europa zu kopieren. Unsere jährlichen Preise für nachhaltige Energie zeigen dies deutlich, und sie bilden einen zusätzlichen Anreiz für interessierte Akteure.

Reichen Gesetze nicht aus?

P.L.: Gesetze sind wichtig, aber wir müssen auch vor Ort etwas tun, damit diese Dinge Teil des Alltags der Menschen werden. So können sich etwa die europäischen Vorschriften über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden nur dann auswirken, wenn die Verbraucherinnen und Verbraucher ausreichend sensibilisiert und aufgeklärt werden.

Den Klimawandel bekämpfen

Im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen hat sich die EU verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 % gegenüber dem Stand von 1990 zu senken, und bis 2050 unter bestimmten Bedingungen um 85 oder sogar 95 %. Die Energiewirtschaft muss die größten Anstrengungen liefern, denn sie ist für 80 % der EU-Treibhausgasemissionen verantwortlich. Wenn sich die EU ihren Zielen weiterhin mit der jetzigen Geschwindigkeit annähert, wird sie ihr derzeitiges Ziel einer Senkung der Treibhausgasemissionen um 20 % übertreffen und bis 2020 eine Senkung um 25 % erreichen.

Die Umsetzung der Energie- und Klimastrategien der EU betrifft alle Entscheidungsebenen – von der lokalen über die regionale und nationale bis zur europäischen Ebene. So hat etwa die Europäische Union 2009 den „Bürgermeisterkonvent“ ins Leben gerufen. Die Städte, die sich dieser Initiative angeschlossen haben, haben sich verpflichtet, nicht bei den europäischen Zielen stehen zu bleiben. Inzwischen sind es 4000 Städte mit insgesamt über 160 Millionen Einwohnern, die potenziell 164 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen einsparen können – dies entspricht den gesamten Emissionen von Ungarn, Portugal und Schweden.

Europa auf der Weltbühne

Die EU hat einen ständigen Dialog über Energiefragen mit ihren Hauptlieferanten Norwegen, Russland, den Ländern des Persischen Golfes und der OPEC eingerichtet, aber auch mit anderen Ländern oder Regionen, die in der Weltenergieszene eine wichtige Rolle spielen, nämlich Brasilien, China, Indien, den USA, Afrika und dem Mittelmeerraum. In der ganzen Welt hat sie zahlreiche Energiekooperations- und -hilfsprogramme gestartet. Die EU arbeitet aktiv mit Organisationen wie der Internationalen Energieagentur, der Internationalen Atomenergie-Organisation und dem Internationalen Energieforum zusammen. Sie hat sich der von den Vereinten Nationen 2011 ins Leben gerufenen Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ angeschlossen, die zum Ziel hat, bis 2030 in den Entwicklungsländern nachhaltige Energie für 500 Millionen weitere Menschen bereitzustellen. Näher zu ihren eigenen Grenzen hat die EU einen Vertrag zur Energiegemeinschaft unterzeichnet, um die Energiemärkte Südosteuropas, Moldaus und der Ukraine auf der Grundlage der Energie-, Wettbewerbs- und Umweltvorschriften der EU zu integrieren. Energie ist auch ein Kernelement der EU-Nachbarschaftspolitik mit Ländern in Süd- und Osteuropa, bei der es auch um Energiefragen und insbesondere um Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energien geht.



Die Europäische Union beteiligt sich an zahlreichen internationalen Programmen und kann so ihr Fachwissen über erneuerbare Energien verbreiten.

Woran derzeit gearbeitet wird

2020 und darüber hinaus: Aufbau einer Energieunion

Auf internationaler Ebene wird man sich damit abfinden müssen, dass die Bodenschätze der Erde immer schwieriger zu gewinnen sind. Beispielsweise wird die Rohölförderung komplizierter und kostspieliger werden. Zwar wurden neue Schieferöl- und -gasvorräte entdeckt, doch deren Extraktion ist mit großen Umweltrisiken verbunden. Auch ist immer mehr Energie für den Rohstoffabbau erforderlich, da die Konzentration der Mineralien in den Erzlagerstätten abnimmt. Die Geopolitik wird daher noch mehr Einfluss auf den Zugang zu den Energiequellen haben. Deshalb wird es für Europa dringend notwendig, die Sicherheit unserer Energieversorgung von Grund auf zu überdenken. Aus diesem Grund hat die EU in den letzten Jahren enorm in die Diversifizierung ihrer Energielieferungen und Energiezufuhrwege investiert. Ein solches Projekt ist der südliche Gaskorridor, der Europa Zugang zu den erheblichen Erdgasvorräten in der Region des Kaspischen Meeres geben sollte.

Eine stabile langfristige Energiepolitik

Europa sieht sich einer vielschichtigen Herausforderung gegenüber: Es braucht den sicheren Zugang zu Energieträgern und will seinen Verbrauchern Energie zu möglichst günstigen Preisen unter Schonung der Umwelt anbieten. Getreu ihren internationalen Verpflichtungen ist die Europäische Union bereits auf dem Weg, bis 2050 zu einer Gesellschaft mit niedrigen Kohlendioxidemissionen zu werden. Ihr „Fahrplan für 2050“ hat eine Diskussion über den besten Weg eingeleitet, dem steigenden Energiebedarf zu begegnen, die Preise erschwinglich zu halten und möglichst wenig Treibhausgase zu emittieren. Da in den nächsten 30 bis 40 Jahren jedoch zahlreiche ältere Kraftwerke ersetzt werden müssen, muss die EU Investoren gewinnen, indem sie ihnen einen klaren und stabilen Rechtsrahmen bietet.



Die EU investiert weiterhin enorm in die Diversifizierung ihrer Energiequellen und Energiezufuhrwege.



Die Stadt der Zukunft kann trotz niedriger Kohlenstoffemissionen ihrer zunehmenden Bevölkerung bessere Dienste anbieten.

Verbesserung der Sicherheit unserer Energieversorgung

In Reaktion auf die politische Krise in der Ukraine und in Anbetracht der enormen Bedeutung einer stabilen und reichlichen Versorgung mit Energie für die Bürger und die Wirtschaft der EU hat die Europäische Kommission im Mai 2014 eine Strategie für die Energieversorgungssicherheit der EU vorgestellt. Ihr Hauptziel ist es, Wege aufzuzeigen, wie sich die Energieabhängigkeit der EU verringern und die Energiesicherheit verbessern lässt. Der Schwerpunkt der Strategie liegt auf der Diversifizierung der externen Energieversorgungsquellen, der Modernisierung der Energieinfrastruktur, der Erhöhung der Energieerzeugung in der EU, der Vervollständigung des Energiebinnenmarktes und der Dämpfung der Energienachfrage. Vorgesehen ist auch eine bessere Koordinierung der nationalen energiepolitischen Beschlüsse.

Der Europäische Rat begrüßte auf seinen Tagungen im Juni und im Oktober 2014 die Strategie der Kommission und einigte sich auf kurzfristige Maßnahmen, um die Energieversorgungssicherheit der EU im Hinblick auf den bevorstehenden Winter zu erhöhen.

Eine langfristige Strategie: der Rahmen für 2030

Wenn die EU zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft werden will, braucht sie ein klares Konzept auf lange Sicht. Der Europäische Rat hat die von der Kommission vorgeschlagenen Klima- und Energieziele für 2030 gebilligt. Diese zukunftsweisende Strategie soll Investitionen insbesondere für langfristige Infrastrukturprojekte mehr Sicherheit bieten, den EU-Ländern Leitlinien für nationale Strategien an die Hand geben und der EU helfen, sich konstruktiv an den Verhandlungen über ein neues internationales Klimaschutzübereinkommen im Jahr 2015 zu beteiligen. Weiter zielt sie auf eine Verringerung unserer Abhängigkeit von eingeführten fossilen Brennstoffen. Außerdem soll sie die EU-Wirtschaft energie- und ressourceneffizienter (und damit kohlenstoffärmer) machen und zu mehr Investitionen beitragen, wodurch neue Wirtschaftszweige, Technologien und Arbeitsplätze entstehen können.

Die Energiepolitik muss europäisch werden

Langfristig ist das Energieproblem nur auf europäischer Ebene zu lösen, denn die Entscheidungen eines EU-Landes haben Folgen für alle anderen. Der Finanzbedarf sowohl für die Modernisierung der Energiesysteme als auch für die Entwicklung innovativer Lösungen ist jedoch enorm. Nur durch europäische Zusammenarbeit können die staatlichen Haushalte in die Zukunftstechnologien investieren, die für einzelne Staaten allein zu riskant sind. In dieser Übergangszeit zu einer ökologischeren Welt müssen sich die EU-Länder auf Prioritäten im Energiebereich einigen, um ihre einschlägigen Tätigkeiten besser zu koordinieren und es der EU zu ermöglichen, im internationalen Umfeld mit einer Stimme zu sprechen.

Energie einsparen – ein ehrgeizigeres Ziel für 2030

Auf der Grundlage eines Vorschlags der Kommission verabschiedete der Europäische Rat im Oktober 2014 ein neues EU-weites Ziel: Die Energieeffizienz soll bis 2030 um mindestens 27 % steigen, mit beträchtlichem Nutzen für Europa: neue Möglichkeiten für europäische Unternehmen, erschwingliche Energiepreise für die Verbraucher, bessere Versorgungssicherheit durch spürbaren Rückgang der Erdgaseinfuhren und positive Umweltauswirkungen. Das vorgeschlagene Ziel baut auf bisherigen Erfolgen auf: Neue Gebäude verbrauchen heute halb so viel Energie wie in den 1980er-Jahren, und die Industrie ist etwa 19 % weniger energieintensiv als 2001.

In den kommenden Jahren wird die Energie auch weiterhin ganz oben auf der europäischen Tagesordnung stehen. So hat der Europäische Rat insbesondere die Bedeutung der Energieeffizienz und der Steigerung der heimischen Erzeugung hervorgehoben. Auch hat er auf die Notwendigkeit hingewiesen, den europäischen Energiemarkt voll funktionsfähig zu machen und ausgehend von einem regionalen Ansatz zu vernetzen. Dafür sind mehr Transparenz auf dem Gasmarkt und die Schließung der Lücken in der Infrastruktur erforderlich, damit kein EU-Land mehr von den europäischen Gas- und Stromnetzen isoliert bleibt.

Kurzum: Eine echte gemeinsame Energiepolitik ist die einzige zukunftsfähige Lösung.

Weitere Informationen

EUROPÄISCHE RECHTSVORSCHRIFTEN ZUM THEMA ENERGIE

- ▶ **Zusammenfassung der einschlägigen EU-Rechtsvorschriften:**
http://europa.eu/legislation_summaries/energy/index_de.htm

EUROPÄISCHE STATISTIKEN ZUM THEMA ENERGIE

- ▶ **Energy trends up to 2050:** <http://ec.europa.eu/energy/en/statistics/energy-trends-2050>

EUROPÄISCHE ENERGIESTRATEGIE

- ▶ **2020 / 2030 / 2050 strategy:** <http://ec.europa.eu/energy/en/topics/energy-strategy>

EUROPÄISCHE ENERGIEPOLITIK

- ▶ **Europäische Kommission – Generaldirektion Energie:**
http://ec.europa.eu/energy/index_en.htm

